

*Sybille Pirklbauer/Petra Völkerer*

Eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik und die auf Inflationsbekämpfung ausgerichtete Geldpolitik der EU führen u. a. zu Zugangsbeschränkungen zu öffentlichen Leistungen und Leistungskürzungen. Daraus ergeben sich massive Auswirkungen auf die Ressourcenverteilung. Insbesondere behandelt dieser Artikel die (Ungleich-)Verteilung zwischen den Geschlechtern, da der Genderaspekt aufgrund verschiedener Lebenszusammenhänge, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Positionen relevant für Verteilungsfragen ist. Verteilungsgerechtigkeit bewegt sich im Dreieck von Geld, Zeit und Macht, die Frauen insgesamt in geringerem Maße als Männer besitzen. Frauen besitzen weniger Zeit für Arbeit und haben dadurch auch ein geringeres Einkommen. Folglich verfügen sie durch weniger Zeit und Geld auch über Chancen auf Aus- und Weiterbildung und somit auf Macht.

Aspekte der unbezahlten Arbeit, Arbeitsmarkt und Weiterbildung sind demzufolge bedeutende Bereiche, an die man politische Lösungen für eine gerechtere Verteilung knüpfen soll:

Ein breiteres öffentliches Angebot an Pflege- und Kinderbetreuungsplätzen soll zur Entlastung privater Haushalte führen. Des Weiteren soll es Anreize für eine partnerschaftliche Teilung der Kinderbetreuung geben, damit Frauen schneller in ihre Berufe wiedereinsteigen können. In den deutlichen Lohnunterschieden zwischen Männern und Frauen erkennt man die noch immer vorhandene Diskriminierung. Je höher der Bildungsgrad, desto höher sind die Ungleichheiten, dazu kommt, dass vor allem teilzeitbeschäftigte Frauen weniger an betrieblicher Weiterbildung teilnehmen.

Insgesamt sind generell neue Rahmenbedingungen in der Erwerbsarbeit und Wirtschaftspolitik sowie der Ausbau rechtlicher Instrumente gegen Diskriminierung notwendig, um hier eine gerechtere Verteilung herbeiführen zu können.